



An den Grossen Rat

26.5160.02

JSD/P265160

Basel, 1. Juli 2026

Regierungsratsbeschluss vom 30. Juni 2026

Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Verkauf von Fahrzeugen der Basler Polizei - Bitte um eine genaue Übersicht

Das Büro des Grossen Rates hat die nachstehende Schriftliche Anfrage Eric Weber dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

«An diesem Fall ist etwas dran. Die Interpellation wurde kaum beantwortet. Daher jetzt diese Anfrage zum Verkauf von Basler Polizei Fahrzeugen an Private und an Polizei Mitarbeiter.

1. Wieviele sogenannt abgeschriebene Fahrzeuge wurden in den letzten zehn Jahren, sprich von 2016 bis 2025 verkauft?
2. Sie sprechen in Ihrer Interpellations Antwort von einer tiefen dreistelligen Zahl. Ich nehme deshalb an, dass wir zwischen 100 und 200 Fahrzeugen ausgehen dürfen. Oder sind es sogar mehr als 200?
3. Wann war der Systemwechsel (Datum), auf welchen Sie sich berufen?
4. Welche zwei Systeme wurden benutzt?
5. Gibt es für die veräusserten, abgeschriebenen Fahrzeuge eurotax-Bewertungen, welche vor der Veräusserung eingeholt wurden?
6. Wie hoch ist die Differenz der Veräusserungserlöse zum eurotax-Wert in den letzten zehn Jahren zuungunsten des Kantons Basel-Stadt, also zum Nachteil der Steuerzahler?
7. Werden die jeweiligen eurotax-Bewertungen und die Verkaufsverträge der Finanzkontrolle unterbreitet?
8. Stimmt es, dass wie im Kanton Zürich ausgemusterte Fahrzeuge der Kantonspolizei Basel-Stadt an - dem Korps - nahestehenden Personen für zehntausend Franken unter dem effektiven Wert, das heisst viel zu günstig verscherbelt werden?

Eric Weber»

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Wie in der departementalen Beschaffungsweisung festgehalten, dürfen keine Fahrzeuge aus dem Bestand des Departements an dessen Mitarbeitende oder deren Angehörige verkauft werden; der Verkauf erfolgt ausschliesslich an professionelle Händlerinnen und Händler sowie an Garagen.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin